



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Welche Ampeln stehen auf Rot?

Stand der 21 Indikatoren der nationalen
Nachhaltigkeitsstrategie – auf der
Grundlage des Indikatorenberichts 2006
des Statistischen Bundesamtes

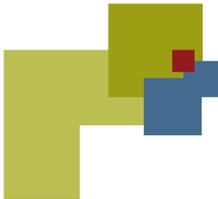
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Inhalt

1	Warum ein „Ampelbericht“?	1
2	Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?	4
3	Beurteilungen aus den Ländern	18
4	Übersicht: Was sagen die Länder?	20
5	Beurteilungen aus den Landeshauptstädten	26
6	Übersicht: Was sagen die Städte?	29
7	Vorschläge des Rates für Nachhaltige Entwicklung zu den Indikatoren im Einzelnen	34

Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und dass wirtschaftliches und soziales Wohlergehen für gegenwärtige und künftige Generationen erreicht werden kann – bei uns und weltweit.



Warum ein „Ampelbericht“?

Nachhaltigkeitspolitik soll eine Richtschnur für langfristig tragende Entscheidungen geben – sei es in der Energie- und Umweltpolitik, in der Finanz-, Sozial- oder Forschungspolitik. Die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung sind in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gebündelt, die erstmals 2002 vorgelegt wurde und die neben Zielen auch Schwerpunkte für Programme und Projekte der Bundesregierung enthält. Die Festlegung der Ziele ist bislang überwiegend ohne die erhoffte Wirkung geblieben. 2008 wird die Bundesregierung die nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung will dazu beitragen, die Nachhaltigkeitsstrategie wirksamer zu machen.

Eine wichtige Rolle spielen die 21 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung, die sich die Bundesregierung gesteckt hat und die sie durch quantifizierte Indikatoren messbar gemacht hat. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung begrüßt die Vorgehensweise, quantifizierte Ziele und Indikatoren zu setzen. Diese lassen konkret erkennen, was mit „Nachhaltigkeit“ gemeint ist. Ohne quantifizierte Ziele und Indikatoren droht „Nachhaltigkeit“ eine leere Floskel zu werden. Gleichzeitig dienen die Indikatoren auch dazu, die tatsächliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewerten. Die Frage ist: Sind wir auf dem richtigen Weg, um mittelfristige Ziele der Nachhaltigkeit zu erreichen? Oder gehen die Richtungsänderungen nicht schnell genug? Oder gar: Geht die reale Entwicklung in eine völlig andere Richtung als die, die von der Nachhaltigkeitsstrategie angestrebt wird?

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

- 2002** Nationale Nachhaltigkeitsstrategie
- 2004** Erster Fortschrittsbericht
- 2005** Wegweiser Nachhaltigkeit
- 2007** Indikatorenbericht 2006
- 2008** Zweiter Fortschrittsbericht

Fortschrittsberichte werden regelmäßig verfasst. Sie berichten über das Erreichen der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie anhand der Indikatoren, die für die 21 Ziele festgelegt wurden. Gleichzeitig wird die Strategie selbst weiterentwickelt.

Den Wegweiser Nachhaltigkeit veröffentlichte die Bundesregierung noch unter Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005. Mittlerweile liegt auch eine Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union aus dem Jahr 2006 vor, die ebenfalls quantifizierte Indikatoren und Fortschrittsberichte einführt.

2007 veröffentlichte die Bundesregierung den Indikatorenbericht, der erstmals vom Statistischen Bundesamt als einer unabhängigen Institution erstellt wurde. Er bilanziert die Indikatoren zu den 21 Zielen. Seine Daten sind Grundlage für unsere Bewertung.

In diesem Jahr wird Bundeskanzlerin Angela Merkel einen zweiten Fortschrittsbericht vorlegen, der im gesellschaftlichen Dialog diskutiert werden soll. Diese Stellungnahme versteht sich als Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion.

Mit dem vorliegenden Papier widmet sich der Rat jetzt den folgenden zentralen Fragen für die Nachhaltigkeitsstrategie:

- Wie weiter mit den Indikatoren?
- Wie kann die öffentliche Wahrnehmung verbessert werden, wenn es um den Stand der Nachhaltigkeit in Deutschland geht?
- Wie kann wirksamer als bisher deutlich werden, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen und wo dringender Handlungsbedarf besteht?

Der bundesweite Trend wird mithilfe der aktuellen Bestandsaufnahme des Statistischen Bundesamtes von 2006 zu den einzelnen Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie durch Kennzeichnung mit roten, gelben und grünen Ampeln dargestellt. Die Ampeln geben Aufschluss über die reale Entwicklung:

- **Rot:** Das Ziel ist ohne grundlegende Politikänderungen nicht möglich. Hier geht der Trend in die falsche Richtung. Auch wenn die Bewegung zwar in die richtige Richtung geht, aber das Etappenziel deutlich nicht erreicht wird, bewerten wir den Indikator mit „Rot“.
- **Gelb:** Eine erhöhte Aufmerksamkeit ist erforderlich, weil das gesteckte Ziel nicht ohne zusätzliche Maßnahmen erreicht werden kann. Im Fall des Indikators zum Klimaschutz ist die

Ampel auf „Gelb“, weil zusätzliche Maßnahmen nötig sind, um den Ausstoß von Treibhausgasen wie angestrebt zu vermindern, auch wenn weitgehend Konsens besteht, dass das Ziel erreicht werden kann.

- **Grün:** Der Trend entwickelt sich positiv, Etappenziele sind erreicht und daher ist die Zielerreichung möglich.

Wir beziehen unsere Bewertung auf das Jahr 2005 oder früher, je nach den Daten des Statistischen Bundesamtes. Die statistische Berichterstattung zur Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wichtiges Instrument und sollte ausgebaut werden. Über die statische Bewertung von Ziel und derzeit erreichtem Stand hinaus sollte in Zukunft auch eine dynamische, datengestützte Abschätzung der Reichweite politischer Maßnahmen zur Zielerreichung Gegenstand der Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Uns ist wohl bewusst, dass die Ampel-Bewertung die tatsächlich oft komplizierten Trends vereinfacht. Gleichwohl machen die Ampeln auf den enormen Handlungsbedarf aufmerksam, den eine offene und klare Analyse der 32 Teilindikatoren für die 21 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung ergibt.

Nur für zehn Teilindikatoren gibt es grünes Licht. Für zwei Drittel der Teilindikatoren stehen die Ampeln auf Gelb oder Rot. Daneben enthielt die Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 zwei weitere Teilindikatoren zum Klimaschutz (25 % CO₂-Minderung) und zur Mobilität (Verhältnis von öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr), die von der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie 2004 nicht mehr aufgegriffen worden sind. Zur Vervollständigung des Bildes soll hier darauf hingewiesen werden, dass unsere Bewertung für diese Teilindikatoren eine rote bzw. gelbe Ampel ergeben hätte.

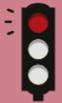
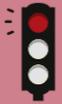
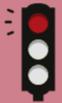
Die Ampel-Bewertung unterstreicht, dass die Politik aufgerufen ist, die **Wirksamkeit** und Verbindlichkeit ihrer eigenen Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung mutig zu vergrößern und Handlungsfelder auch für diejenigen zu eröffnen, die sich jetzt noch nicht oder zu wenig von ihr angesprochen fühlen. Die Ampelbewertung trägt zum öffentlichen Dialog zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung bei.

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
1 Ressourcenschonung		
 Rot	Energieproduktivität	Verdopplung bis 2020, Basisjahr 1990
 Rot	Rohstoffproduktivität	Verdopplung bis 2020, Basisjahr 1994
2 Klimaschutz		
 Gelb	Verminderung der Treibhausgasemissionen (6 Treibhausgase entsprechend Kyoto-Protokoll)	Reduktion um 21 % bis 2008/2010, Basisjahr 1990
3 Erneuerbare Energien		
 Grün	Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	Steigerung um 4,2 % bis 2010 am Primärenergieverbrauch
 Grün		Steigerung um 12,5 % bis 2010, um 20 % bis 2020 am Stromverbrauch

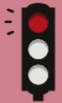
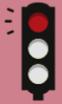
Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
Vergleich 1990/2006: Zunahme um 31 %	„Angaben zur absoluten Verbrauchssteigerung und kritische Schwellenwerte für einzelne Ressourcen“ (vgl. Seite 34)	
Vergleich 1994/2005: Zunahme um 33,5 %		
Vergleich 1990/2004: Reduktion um 18,6 %	„Langfristiger Pro-Kopf-Ausstoß von CO ₂ “ (vgl. Seite 35)	
1990: 0,9 % 2003: 3,1 % 2005: 4,7 % des Primärenergieverbrauchs	„Zielkonflikte“ (vgl. Seite 35)	
1990: 4,6 % des Stromverbrauchs (laut Strategie 2002; laut Indikatorenbericht 2006: 3,4%) 2003: 7,9 % 2005: 10,4 %		Schleswig-Holstein

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
4 Flächeninanspruchnahme		
 Rot	Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Reduzierung des täglichen Wachstums auf 30 ha pro Tag im Jahr 2020
5 Artenvielfalt		
 Rot	Bestand 59 ausgewählter Vogelarten als Indikator für die Artenvielfalt	Stabilisierung auf hohem Niveau im Jahr 2015 (Zielwert basiert auf geschätztem Niveau von 1975)
6 Staatsverschuldung		
 Grün	Staatsdefizit	Konsolidierung des Staatshaushaltes , gemessen am Maastricht-Kriterium (Staatsdefizit kleiner/gleich 3%); (Nachhaltigkeitsstrategie 2002 hatte weitergehendes Ziel der kontinuierlichen Schuldentilgung)
7 Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge		
 Rot	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP	Steigerung der Innovationsdynamik
8 Innovation		
 Rot	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Steigerung der F+E-Ausgaben auf 3% des BIP im Jahr 2010

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
1992: 120 ha pro Tag 2000: 131 ha pro Tag 2002: 105 ha pro Tag 2005: 118 ha pro Tag	„Umsetzung auf den verschiedenen politischen Ebenen“ (vgl. Seite 35)	Saarland
Indikator überarbeitet! 2001: 68,2% von Zielwert 100% im Jahr 2015 2005: 74%	„Ergänzung um differenzierten Teilindikator“ (vgl. Seite 35)	Schleswig-Holstein
2002: 3,7% Staatsdefizit 2003: 3,8% Staatsdefizit 2006: 1,7% (Maastrichtkriterium erfüllt)	„Qualität von Schulden und Schuldenabbau im Sinne von Nachhaltigkeit“ (vgl. Seite 36)	Berlin
Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP 1991: 21,4% 2000: 21,3% 2002: 18,6% 2003: 17,7% 2006: 19,3%	„Indikator geeignet“	Rheinland-Pfalz
1991: ca. 2,5% des BIP 2003: 2,5% 2005: 2,5%	„Wirksamkeit“ (vgl. Seite 36)	Berlin, Bremen

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
9 Bildung		
 Rot	Ausbildungssituation der 25-Jährigen	a) Anteil ohne Ausbildungsabschluss : 9,3% im Jahr 2010 und 4,6% im Jahr 2020
 Rot		b) Anteil mit abgeschlossener Hochschulausbildung verbessern: 10% im Jahr 2010, 20% im Jahr 2020
 Grün	Studienanfängerquote	c) Erhöhung auf 40% im Jahr 2010
10 Wirtschaftlicher Wohlstand		
 Grün	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	Wirtschaftliches Wachstum – „eine kontinuierliche umwelt- und sozialverträgliche Steigerung des BIPs je Einwohner“
11 Mobilität		
 Rot	Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Transportintensitäten von Personen- und Güterverkehr	Güterverkehr : Sinken auf 98% bis 2010, auf 95% bis 2020
 Gelb		Personenverkehr : Sinken auf 90% gegenüber 1999 bis 2010, auf 80% bis 2020

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
1999: ca. 15 % 2003: 14,2 % 2005: 14 %		
1999: 5,4 % 2003: 5,8 % 2005: 6,9 %		
1999: 28,5 % 2003: 35,7 % 2006: 36 %	„Studienabbrecherquote“ (vgl. Seite 36)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz
1991: 22,0 1999: 23,3 2002: 24,1 2003: 24,1 2006: 26,5 (in 1000 Euro)	„Verteilung von Einkommen und Vermögen berücksichtigen“ (vgl. Seite 36)	Bremen
1999/2005: Anstieg um 9,9 %	„Indikator geeignet“	
Vergleich 1999/2005: gesunken auf 95,9 %	„Indikator geeignet“	

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
11 Mobilität (Fortsetzung)		
 Rot	Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterverkehrsleistung	Anteil Bahn bis 2015: 25 %
 Rot		Anteil Schiff bis 2015: 14 %
12 Ernährung		
 Rot	Stickstoff-Bilanzüberschüsse der Landwirtschaft	80 kg Austrag/ha Landwirtschaftsfläche bis 2010
 Rot	Entwicklung der Anbaufläche des Ökologischen Landbaus	Anteil an der Landwirtschaftsfläche bis 2010: 20 %
13 Luftqualität		
 Rot	Schadstoffbelastung der Luft durch die Schadstoffe SO ₂ , NO _x , VOC, NH ₃	Verringerung auf 30 % gegenüber 1990

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
1999: 16,5% 2002: 15,6% 2003: 16,2% 2005: 17,2%	„Indikator geeignet“	Saarland
1999: 13,5% 2002: 13,3% 2003: 12,0% 2005: 11,5%	„Indikator geeignet“	Nordrhein-Westfalen, Saarland
1990: 115,6 kg/ha 1999: 126,2 2002: 105 2004: 103,9	„Ernährung: Anzahl adipöser Kinder“ (vgl. Seite 37)	Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bremen
1994: 1,6 % 2000: 3,2 % 2003: 4,3 % 2005: 4,7 %		Saarland, Bremen
2001: 49% 2002: 47% 2004: 46,2%	„Feinstäube“ (vgl. Seite 37)	

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
14 Gesundheit		
 Grün	Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren)	Rückgang
 Grün	Zufriedenheit mit der Gesundheit (Meinungsumfrage, Skala von 1 = sehr unzufrieden bis 10 = sehr zufrieden)	Stabilisierung auf hohem Niveau
15 Kriminalität		
 Grün	Wohnungseinbruchsdiebstahl	Rückgang der Fälle um 10 % bis 2010 (117.000), Basisjahr 2002
16 Beschäftigung		
 Rot	Erwerbstätigenquote	Anteil 70 % im Jahr 2010

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
<p>1991: 155 Frauen und 355 Männer pro 100.000 Einwohner</p> <p>2001: 142 Frauen und 283 Männer</p> <p>2005: 119 Frauen und 243 Männer</p>	<p>„Gesundheitsprävention“ (vgl. Seite 37)</p>	
<p>1990: Frauen 6,4; Männer 6,7</p> <p>2002: Frauen 6,5; Männer 6,7</p> <p>2005: Frauen 6,4; Männer 6,5</p>		
<p>1993: 227.000 erfasste Fälle</p> <p>2002: 130.000</p> <p>2003: 123.000</p> <p>2005: 110.000</p>	<p>„Körperverletzungsdelikte“ (vgl. Seite 37)</p>	<p>Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz</p>
<p>1993: 65% insgesamt</p> <p>2000: 65,4% insgesamt</p> <p>2003: 64,9% insgesamt, 70,9% der Männer, 58,8% der Frauen</p> <p>2005: 65,4% insgesamt, 71,2% der Männer, 59,9% der Frauen</p>	<p>„Indikator geeignet“</p>	<p>Schleswig-Holstein, Bremen</p>

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
--------------------------	-----------	------

17 Perspektiven für Familien

 Rot	Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder in den alten Bundesländern	Anteil von 30% in verschiedenen Altersgruppen bis 2010
 Gelb		
 Rot		

18 Gleichberechtigung

 Rot	Durchschnittlicher Lohn der Frauen in % des durchschnittlichen Lohnes der Männer (35- bis 39-jährige)	85% im Jahr 2010 (alte Bundesländer)
---	--	---

19 Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern

 Rot	Ausländische Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss	Rückgang; bis 2020 Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss dem Anteil der deutschen Schulabgänger annähern, der 5,6% im Jahre 2005 betrug
---	--	--

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
0-3 Jahre: 2002: 2,0 %	„Indikator geeignet“	Berlin
3-6 1/2 Jahre: 2002: 21,3 %		Berlin, Bremen
6 1/2-12 1/2 Jahre: 2002: 3,4 %		Berlin
1992: 72 % 1997: 76 % 2001: 76,3 % 2002: 76,5 % 2004: 78,5 % zum Vergleich: in den neuen Bundesländern: 91,8 %	„Indikator geeignet“	
1996: 16,5 % insgesamt 2000: 15,8 % insgesamt, 18,9 % der Männer, 12,4 % der Frauen (FB 2004) 2000: 16,1 % insgesamt (Strategie) 2002: 15,6 % insgesamt, 18,4 % der Männer, 12,6 % der Frauen 2005: 14,2 % insgesamt	„Indikator zu den sprachlichen Fähigkeiten von Kindern mit Migrationshintergrund“ (vgl. Seite 38)	Schleswig-Holstein, Bremen

Übersicht: Welche Ampeln stehen auf Rot?

Trend zur Zielerreichung	Indikator	Ziel
--------------------------	-----------	------

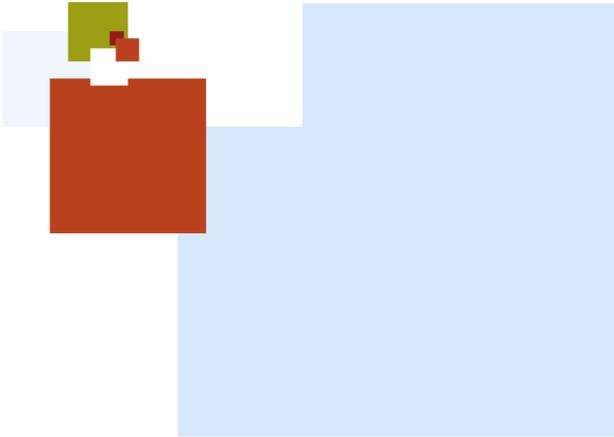
20 Entwicklungszusammenarbeit

 Grün	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	Anteil EZ am Bruttonationaleinkommen: 0,33 % in 2006 0,51 % in 2010 0,7 % in 2015
--	--	--

21 Märkte öffnen

 Grün	Einführen der EU aus Entwicklungsländern	Anstieg
--	--	---------

Erreichte Werte	Vorschläge und Kommentar des RNE zum Indikator (Stichworte mit Verweis auf Kapitel 7)	Bundesländer, die positiv vom Bundesdurchschnitt abweichen (Selbstnennung)
1995: 0,31 % 2000: 0,27 % 2002: 0,27 % 2003: 0,28 % 2005: 0,36 %	„Indikator geeignet“	Berlin, Nordrhein-Westfalen
1995: 172 Mrd. Euro 2000: 420 Mrd. Euro 2001: 412 Mrd. Euro 2002: 398 Mrd. Euro 2005: 478 Mrd. Euro	„Differenzierung zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern“ (vgl. Seite 38)	





Beurteilungen aus den Ländern

Die Nachhaltigkeitsstrategie kann nur wirksam werden, wenn die Bundesländer und Kommunen mitziehen und Nachhaltigkeit zu einem gesellschaftlichen Anliegen wird. Der Nachhaltigkeitsrat empfiehlt, den Aktivitäten der Bundesländer zur Nachhaltigkeit größeres Gewicht beizumessen.

Es ist sinnvoll, die Durchschnittswerte des Bundes durch einen **differenzierten Blick auf die Entwicklung in den Ländern** zu ergänzen. Dies ist auch deshalb zweckmäßig, weil es darauf aufmerksam macht, dass wesentliche Entwicklungen vorwiegend oder allein durch die Länderpolitik voranzubringen sind. Wir wollen hervorheben, wenn sich ein Bundesland vom Bundesdurchschnitt positiv abhebt.

Im Rahmen der Erarbeitung des Ampel-Berichts haben wir den Landesregierungen angeboten, eine eigene Beurteilung abzugeben, bei welchem Indikator das eigene Land vom Bundesdurchschnitt positiv abweicht. Auf dieses Angebot haben die Staats- und Senatskanzleien unterschiedlich reagiert. Der Nachhaltigkeitsrat bedankt sich bei den Landesregierungen für die intensive Bearbeitung, mit der sein Angebot aufgenommen wurde.

Die **positiven Trends**, die aus den Ländern genannt wurden, zeigen die großen Gestaltungsoptionen, die die Landespolitik hat, und sie zeigen auch, wie differenziert das Gesamtbild bundesrepublikanischer Wirklichkeit ist. Sie sind eine Aufforderung, die regionale Gestaltung nachhaltiger Entwicklung zu einem Wettbewerb zu machen. Positive Abweichungen vom Bundesdurchschnitt zu bestimmten Indikatoren nannten uns die Bundesländer Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein. Nordrhein-Westfalen erläuterte zusätzlich seine umfassenden Praxisansätze für eine nachhaltige Entwicklung. Die Selbsteinschätzungen sind in der unten stehenden Tabelle vermerkt.

Andere Länder haben sich nicht beteiligt. Bayern hat die Aktivitäten des Nachhaltigkeitsrates, die Länder einzubeziehen, dem Grundsatz nach positiv bewertet, aber auf den ausstehenden Beitrag der Bundesländer zum Fortschrittsbericht 2008 verwiesen, bei dem diese erstmalig beteiligt werden und dem man nicht vorgreifen wolle. Einige Länder haben eine Beteiligung **aus politischen und datentechnischen Gründen abgelehnt**. Aus Sorge vor einem aus ihrer Sicht drohenden Vergleich oder „Ranking“ der Länderpolitik zur Nachhaltigkeit und mit dem Hinweis auf statistisch-methodische Unvergleichbarkeit der Daten von Bund und Ländern sahen die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin von einer Beantwortung ab. Thüringen verwies ebenfalls auf die methodischen Schwierigkeiten, stellte aber heraus, dass „in einem Binnenvergleich“ im eigenen Land die eigene Entwicklung in den Bereichen Klimaschutz (Treibhausgasemissionen, CO₂-Ausstoß, Erneuerbare Energien), Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse) und Familie bzgl. Kinderbetreuungsangeboten besonders positiv zu bewerten sei.

Der Nachhaltigkeitsrat bewertet die mangelnde Daten-Vergleichbarkeit als ein ernst zu nehmendes **Problem**. Diese Tatsache verhindert ein abgestimmtes und kohärentes Verhalten der unterschiedlichen staatlichen Ebenen. So lässt sich eine erhöhte Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsstrategie nicht erreichen. Dieses Problem muss angegangen werden. Es ist ernst zu nehmen, kann aber gleichwohl nicht den Verzicht auf ambitioniertes Handeln zur nachhaltigen Entwicklung begründen.

Übersicht: Was sagen die Länder?

**Rücklauf der Anfrage an die Bundesländer zu der Fragestellung:
Für welchen Indikator weicht Ihr Bundesland positiv vom
Bundesdurchschnitt ab?**

Bundesland	Antwort
Baden-Württemberg	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Bayern	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Berlin	Die Senatsverwaltungen melden positives Abweichen für die Indikatoren (6) Staatsverschuldung, (8) Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung, (9) Bildung (Studienanfängerquote), (17) Ganztagsbetreuung für Kinder in den alten Bundesländern, (15) Kriminalität. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Brandenburg	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Bremen	Meldet positives Abweichen für die Indikatoren: (8) Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung (10) Wirtschaftlicher Wohlstand (12) Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse und ökologischer Landbau) (16) Beschäftigung (17) Perspektiven für Familien (3–6 1/2 Jahre) (19) Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern (Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss)

Bundesland	Antwort
Hamburg	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Hessen	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Mecklenburg-Vorpommern	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Niedersachsen	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Nordrhein-Westfalen	Meldet positives Abweichen für die Indikatoren (9) Bildung (Studienanfängerquote), (11) Mobilität (Anteil Binnenschifffahrt), (12) Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse), (15) Kriminalität.
Rheinland-Pfalz	Meldet positives Abweichen für die Indikatoren (7) Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, (9) Bildung (Studienanfängerquote), (12) Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse), (15) Kriminalität.
Saarland	Meldet positives Abweichen für die Indikatoren (4) Flächeninanspruchnahme, (11) Mobilität (Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterverkehrsleistung), (12) Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse und Ökologischer Landbau).
Sachsen	Keine Antwort
Sachsen-Anhalt	Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.
Schleswig-Holstein	Meldet positives Abweichen für die Indikatoren (3) Erneuerbare Energien (Anteil am Stromverbrauch), (5) Artenvielfalt, (16) Beschäftigung, (19) Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern (Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss).

Bundesland	Antwort
Thüringen	<p>Lehnt Nennung von positiven Abweichungen ab.</p> <p>Allerdings positiv bewertet wird im „Binnenvergleich“ des Landes:</p> <p>Klimaschutz (Treibhausgasemissionen, CO₂-Ausstoß), Erneuerbare Energien, Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse) und Familien bzgl. Kinderbetreuungsangeboten.</p>

Um der vielfältigen Resonanz der Bundesländer gerecht zu werden, dokumentieren wir relevante Aussagen jedes einzelnen Landes im Einzelnen:

Baden-Württemberg hält das Anliegen des RNE, „der Thematik größere Sichtbarkeit in der öffentlichen Diskussion zu geben“, für richtig und verweist auf die eigene Nachhaltigkeitsstrategie, mit der das gleiche Ziel verfolgt wird. Das Land steht einer Beteiligung bei der Erstellung eines Berichts zu Indikatoren allerdings ablehnend gegenüber.

Die Begründung: „Die nach Ihrer Vorgehensweise erzielten vergleichenden Aussagen zum Stand der nachhaltigen Entwicklung beim Bund und in den Bundesländern würden demnach einer wissenschaftlich-methodischen Prüfung nicht standhalten.“

Bayern lehnt eine Bewertung der eigenen Daten anhand der Indikatoren ab. Begründet wird dies damit, dass man dem gemeinsamen Vorgehen der Bundesländer, sich am Fortschrittsbericht 2008 der Bundesregierung mit einem eigenen Länderbericht zu beteiligen, nicht vorgreifen wolle.

Mehrere Senatsverwaltungen des Landes **Berlin** melden positive Abweichungen für fünf Teilindikatoren. Für den Indikator 6 Staatsverschuldung heißt es, „dass das Land Berlin es erstmals im Haushaltsvollzug des Jahres 2007 geschafft hat, die Jahresrechnung ohne erneute Schuldenaufnahme abzuschließen“. Für die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Indikator 8 Innovation) wird ein Wert von 3,84% für 2005 berichtet. Beim Anteil der 25-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulausbildung (Indikator 9 Bildung) liegt ein Wert von 25,16% für 2005 vor. Bei den Ganztagsbetreuungsangeboten für Kinder in den alten Bundesländern (Indikator 17 Perspektiven für

Familien) wurden Werte für ganz Berlin aus dem Jahr 2007 übermittelt: 0 bis 3 Jahre – 40,24%; 3 Jahre bis Schuleintritt – 96,21%; Schuleintritt bis 12 ½ Jahre – 50,07%. Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle (Indikator 15 Kriminalität) ist von 2002 (7 787 Fälle) bis 2005 (6 061 Fälle) um 22,2% zurückgegangen. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz lehnt eine Beantwortung aus methodischen Gründen und aus Sorge vor einem Bundesländer-Ranking ab.

Brandenburg steht der Anfrage des Rates „skeptisch gegenüber“ und kommentiert die Ampelbewertungen aus Sicht des Landes nicht. Das wird wie folgt begründet: „Im Ergebnis würden sich – auch wenn das sicher nicht das Ziel des Rates ist – im Sinne eines Länder-Rankings Aussagen nahelegen, die kein reales Bild der jeweiligen Ländersituation widerspiegeln. Das wäre nicht nur fachlich inakzeptabel, sondern auch im Sinne der öffentlichen Kommunikation des Nachhaltigkeitsprozesses in Deutschland nicht wünschenswert.“

Hamburg bewertet die Indikatoren nicht im Vergleich mit dem eigenen Land. Als Grund hierfür wird genannt: „Je nach Art des Indikators oder einer zu bestimmenden Zielgröße (absolut oder relativ) verbietet sich ein Vergleich unter den Ländern. [...] Das einfache ‚Herunterbrechen‘ von Zielwerten der EU oder des Bundes auf die Länder oder gar auf die Kommunen führt zu zweifelhaften Einzelwerten.“ Mit den Aktivitäten zu einer Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie und einem gemeinsamen Länderbeitrag für den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt das Land „die Bemühungen, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wirksamer und verbindlicher zu gestalten“.

Hessen hat keine Bewertung übermittelt. Das Land verweist auf die von der Umweltministerkonferenz abgestimmten umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren. Auf Probleme der Datenvergleichbarkeit wird aufmerksam gemacht. Dazu zähle, dass einige Indikatoren „lediglich dazu geeignet [sind], die Entwicklung innerhalb eines Bundeslandes zu beurteilen, nicht aber die Entwicklung im Vergleich mit einem anderen Bundesland oder dem Bund“. Aufgrund dieser methodischen Bedenken und um einem „indirekten Benchmarking der Länder“ vorzubeugen, würden keine positiven Abweichungen aus Hessen genannt.

Mecklenburg-Vorpommern hat keine Kommentierung der Indikatoren aus Ländersicht vorgenommen. Es wird die Auffassung vertreten, „dass es für viele umweltbezogene Indikatoren methodisch fragwürdig ist,

Indikatoren der europäischen oder der Bundesebene auf die Ebene der Bundesländer oder gar der Kommunen zu projizieren. In vielen Fällen ist die verwendete Datengrundlage und/oder auch die jeweilige Berechnungsmethode eine andere.“ Die Aneinanderreihung der Bundesländernoten würde ein „indirektes Benchmarking der Länder untereinander und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt implizieren, das jedoch weder gewollt, fair im gegenseitigen Umgang noch methodisch zulässig ist“.

Niedersachsen lehnt eine Bewertung der Indikatorenliste aus Sicht des Landes aus methodischen Gründen und wegen Vorbehalten gegenüber einem möglichen „indirekten Länder-Ranking“ ab. Das Land verweist stattdessen auf die 2007 vorgelegte „Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen. Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“, die alle Ressorts und Politikfelder umfasse. Zur Erfolgskontrolle solle innerhalb der folgenden vier Jahre ein Satz von Indikatoren entwickelt werden, der sowohl die 21 Indikatoren des Bundes als auch die von der Umweltministerkonferenz verabschiedeten umweltbezogenen Indikatoren der Länder umfasse.

Nordrhein-Westfalen weicht nach eigener Einschätzung bei vier Indikatoren vom Bundesdurchschnitt ab: Bei der Studienanfängerquote (Indikator 9 Bildung), bei der für 2006 ein Wert von 37,8% (inkl. Studierenden aus anderen Ländern) erreicht wurde. Der Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterverkehrsleistung (Indikator 11 Mobilität) betrug 2006 13,2% ohne den reinen Transitverkehr. Bei den Stickstoffbilanzüberschüssen der Landwirtschaft (Indikator 12 Ernährung) liegt der Wert für 2004 bei 93 kg/ha. Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist bereits 2005 mit 38.394 an das Bundesziel (Reduktion um 10%) herangekommen. Nordrhein-Westfalen hält den Vergleich der Bundesindikatoren mit den Länderwerten für problematisch: „Einerseits sind die Indikatoren von der seinerzeitigen Bundesregierung einseitig ausgewählt worden und werden in dieser Eingrenzung teilweise statistisch gar nicht erhoben. Zum anderen bilden diese Bundes-Indikatoren Durchschnittswerte ab, durch die die unterschiedlichen Voraussetzungen in industriell geprägten Stadtstaaten oder in Flächenländern mit großer Freiflächenprägung ausgeblendet werden.“

Rheinland-Pfalz meldet für vier Indikatoren positive Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Dazu zählen das Verhältnis Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (Indikator 7 Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge), bei dem für 2005 ein Wert von 17,6% erreicht wurde. Der Anteil der 25-

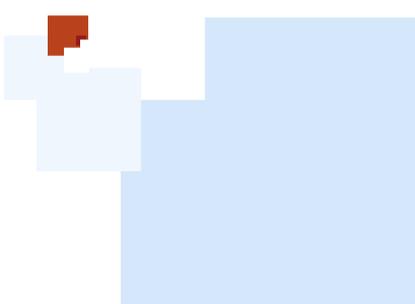
Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung (Indikator 9 Bildung) liegt für 2006 bei 9,8%. Die Stickstoffbilanzüberschüsse der Landwirtschaft (Indikator 12 Ernährung) betragen derzeit 70 kg N/ha. Im Jahr 2005 kam es zu 4.552 Wohnungseinbruchsdiebstählen (Indikator 15 Kriminalität). Rheinland-Pfalz stellt hierzu heraus: „Das Ziel [der Nachhaltigkeitsstrategie (Reduktion um 10 % bis 2010)] wurde auf Bundesebene bereits im Jahr 2005 erreicht. Gleiches gilt für Rheinland-Pfalz.“ Darüber hinaus verweist das Land auf Indikatoren, in denen es positiv vom Bundesdurchschnitt abweicht, die in der rheinland-pfälzischen Strategie erhoben würden, aber nicht in der Bundesstrategie (z. B. Bürgerengagement und Erholungsflächen).

Das **Saarland** berichtet über vier Indikatoren, bei denen das Land nach eigener Bewertung positiv vom Bundesdurchschnitt abweiche. Das gelte für die Flächeninanspruchnahme (Indikator 4) mit einem Hektar pro Tag; für die Anteile von Bahn und Schiff an der Güterverkehrsleistung (Indikator 11 Mobilität) mit einem Wert von 38,1% in der Summe und beim Indikator 12 Ernährung sowohl für die Stickstoffbilanzüberschüsse der Landwirtschaft mit einem Wert von 79 kg N/ha als auch für den Anteil der Anbaufläche des Ökologischen Landbaus an der Landwirtschaftsfläche mit einem Wert von 9,6%.

Sachsen-Anhalt sieht von einer Beteiligung ab, weil es „methodisch ausgesprochen schwierig [ist], unter den Bundesländern vergleichbare Indikatoren zu schaffen. Viele Indikatoren sind lediglich dazu geeignet, die Entwicklung innerhalb eines Bundeslandes zu beurteilen, nicht aber die Entwicklung im Vergleich mit anderen Bundesländern oder dem Bund.“ Stattdessen verweist das Land auf den vorzulegenden Länderbeitrag zum Fortschrittsbericht 2008 der Bundesregierung und schließt mit dem Hinweis an den Rat: „Diese gemeinsame Positionsbestimmung der Länder wird Ihrem Anliegen zumindest teilweise gerecht.“

Schleswig-Holstein bewertet für vier Indikatoren die eigene Entwicklung als positive Abweichung vom Bundesdurchschnitt: den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch (Indikator 3 Erneuerbare Energien) mit einem Wert von „>40%“; den Bestand ausgewählter Vogelarten (Indikator 5 Artenvielfalt) ohne Nennung eines Wertes; die Erwerbstätigenquote (Indikator 16 Beschäftigung) mit einem Wert von 67,1%; den Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Indikator 19 Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern) mit einem Wert von 1,1%.

Thüringen lehnt eine Ampel-Bewertung ab. „Eine einfache Pauschalbewertung und das Aneinanderreihen von Ländervoten [ist] nicht zielführend für die Wirksam- und Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitsstrategien.“ Allerdings gibt das Land eine „autarke thüringenbezogene Einschätzung“. Danach sei die eigene Entwicklung „im Binnenvergleich“ in den Bereichen Klimaschutz (Treibhausgasemissionen, CO₂-Ausstoß), erneuerbare Energien, Ernährung (Stickstoffbilanzüberschüsse) und Familien bzgl. Kinderbetreuungsangeboten besonders positiv und in den Bereichen der Kriminalität (Wohnungseinbruchsdiebstahl), der Gesundheit (vorzeitige Sterblichkeit) sowie Ernährung (Ökologischer Landbau) positiv.



Beurteilungen aus den Landeshauptstädten

Ferner hat der Nachhaltigkeitsrat auch die 16 Landeshauptstädte nach ihren Aktivitäten zur lokalen Nachhaltigkeitsstrategie und zur Energieeffizienz (als gegenwärtig wichtiges Einzelthema) gefragt. Im positiven Wettbewerb und in der Suche nach Wegen und Konzepten zur nachhaltigen Entwicklung spielen aus Sicht des Nachhaltigkeitsrates die Städte eine wichtige Rolle. Das weiß man seit der „Lokalen Agenda 21“. Es zeigt sich, dass die Lokale Agenda 21 im Nachgang zur UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 doch einiges ausgelöst hat; wichtige Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung sind in den Städten mittlerweile verankert. Die Herausforderung jedoch bleibt, eine durchgängige und umfassende Strategie zu etablieren.

Von der Gestaltung der wirtschaftlichen Dynamik, des sozialen und kulturellen Miteinanders sowie den Umweltbedingungen hängen die Standortbedingungen für die Zukunft ab. Eine engagierte Nachhaltigkeitsstrategie der Städte kann zur Prosperität der ganzen Region wesentlich beitragen. Von ganz besonderer Ausstrahlungskraft sind die Landeshauptstädte. Ihre Rolle als Modell und ihre Leitfunktion sind

von der Politik bisher völlig zu Unrecht unterschätzt worden. In der Tat kommt ihnen und ihren Aktivitäten für das jeweilige Land, aber auch auf gesamtstaatlicher Ebene eine große Signalkraft zu.

Gefragt nach ihren Aktivitäten zu kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien und zur Energieeffizienz, haben die Oberbürgermeister bzw. zuständigen Verwaltungsbehörden Auskunft über Pläne und Maßnahmen gegeben.

Viele Städte befinden sich auf der Grundlage von lokalen Agenda-21-Beschlüssen in Entwicklungs- und Suchprozessen, um das Leitbild der Nachhaltigkeit in politisches Handeln zu übersetzen. Dieser Weg ist nicht immer einfach verlaufen, wie Kajo Breuer, Bürgermeister der Landeshauptstadt **Saarbrücken**, beschreibt: „Dieser Prozess [der lokalen Agenda] hat jedoch nicht zu dem gewünschten Ergebnis – eine von möglichst vielen Menschen getragene Nachhaltigkeitsstrategie – geführt, sondern sich in den Fallstricken der Kommunalpolitik verheddert.“ Dennoch finden sich positive Ansätze. „Einige der in diesem Prozess erreichten Ergebnisse haben nichtsdestotrotz den Verwaltungsalltag erreicht. So werden z. B. in allen Verwaltungsvorlagen Nachhaltigkeitskriterien abgeprüft, in der Beschaffung werden ökologische Kriterien mit angelegt“, beschreibt Breuer weiter.

Damit werden zwei Trends aufgezeigt: Prüfung der politischen Beschlussfassung auf ihre Nachhaltigkeitswirkung und öffentliche Beschaffung als Motoren im Nachhaltigkeitsmanagement der Städte. Wie kann Nachhaltigkeit Eingang in die politische Beschlussfassung finden? Mit systematischen Prüfmechanismen von Verwaltungsvorlagen zur Abwägung ökologischer, sozialer und ökonomischer Auswirkungen, lautet die Antwort. Das geschieht auch in **Dresden**. „Anhand einer Checkliste (Nachhaltigkeitsnachweis) wird die Nachhaltigkeit von Vorlagen für den Stadtrat in den Kriterien Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Partizipation geprüft“, formuliert der Zweite Bürgermeister der Landeshauptstadt Herbert Feßenmayr.

Wie schlägt sich Nachhaltigkeit im Handeln der eigenen Verwaltung nieder? Die öffentliche Beschaffung ist hier ein Schlüsselinstrument. Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt **Magdeburg**, berichtet von dem Stadtratsbeschluss, der vorsieht, dass „bei künftigen Ausschreibungen nur Produkte und Dienstleistungen Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO Kon-

vention 182 hergestellt wurden. Konkrete Anwendung fand dieser Beschluss im Jahr 2007 bei der Beschaffung von Feuerwehrbekleidung und Pflastersteinen.“

Nachhaltigkeit muss sich messen und managen lassen. Dazu sind Strategien nötig, die die Fachressorts umspannen und Indikatoren und Ziele umfassen. Über Nachhaltigkeitsstrategieprozesse – in diesem Sinne – verfügen bislang immerhin einige Landeshauptstädte. Zu Strategieprozessen berichten uns die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes **Berlin**, der Oberbürgermeister der Stadt **Erfurt** Andreas Bausewein, der Oberbürgermeister der Stadt **München** Christian Ude sowie das Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen der Stadt **Mainz**. Hamburg hat die Absicht, sich eine Strategie zu geben, wie Ole von Beust, Erster Bürgermeister, erklärt: „Bereits seit sechs Jahren werden auf der jährlich stattfindenden Hamburger Konferenz über nachhaltige Entwicklung wichtige nachhaltigkeitsrelevante Themen über alle Politikbereiche hinweg erörtert. [...] Eine der wichtigsten Erkenntnisse nach diesen sechs Konferenzen ist es mit Blick auf die Wirkkraft unseres Engagements, die vielfältigen und beeindruckenden Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Stadt möglichst in eine Gesamtstrategie einzubetten. Deshalb ist es das Ziel, auf der Konferenz im Herbst 2008 die Entwicklung einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie für **Hamburg** in den Mittelpunkt zu stellen.“ Die Stadt **Potsdam** berichtet von dem Vorhaben, eine auf den Klimaschutz konzentrierte gesamtstädtische Strategie zu etablieren. Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller informiert darüber, dass es zwar noch keine Nachhaltigkeitsstrategie in **Wiesbaden** gibt, aber erste Arbeiten mit Indikatoren zur Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung stattfinden. Das Wirtschafts- und Umweltdezernat **Hannover** legt dar, dass das Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung und das Programm „Hannover plusZehn“ als Strategie verstanden werden.

Von konkreten Projekten und Maßnahmen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit berichten uns der Oberbürgermeister von **Düsseldorf** Joachim Erwin und Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von **Stuttgart**. In **Schwerin** wird derzeit der Agendaprozess neu belebt und eine Leitbilddiskussion im Rahmen der Stadtentwicklung geführt, berichtet Oberbürgermeister Norbert Claussen.

Die Antworten der Landeshauptstädte im Einzelnen sind in der Übersicht „Was sagen die Städte?“ ab Seite 30 dokumentiert.



Übersicht: Was sagen die Städte?

Rücklauf der Landeshauptstädte zu der Fragestellung: Gibt es in Ihrer Stadt eine Nachhaltigkeitsstrategie? Wenn ja, welche Rolle spielt diese für die Stadtpolitik?

Die Inhalte der Antworten wurden den Kategorien Agenda-21-Prozess, Strategie, Netzwerke, Politische Prüfungsmechanismen, Institutionen und Finanzmittel sowie Schwerpunkte und Projekte zugeordnet.

Landeshauptstadt	Antworteingang	Inhalt
Berlin	Antwort von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz vom 15.02.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 2006 für das Land Berlin</p> <p>Institutionen und Finanzmittel: Berlin 21 e. V. mit finanzieller Unterstützung durch den Senat, Agendabüro auf Seiten der Verwaltung plus Agenda-Beauftragte für den jeweiligen Fachbereich in den einzelnen Senatsverwaltungen</p> <p>Strategie: Aus der Agenda 21 sollen „Handlungsziele als Indikatoren verwendet werden und sich auf das Jahr 2030 beziehen“. Ein Monitoring soll etabliert werden.</p>
Bremen	÷	÷
Dresden	Antwort vom Zweiten Bürgermeister Herbert Feßenmayr vom 25.01.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 1998</p> <p>Institutionen und Finanzmittel: Förderverein „Lokale Agenda 21 für Dresden e. V.“ (jährliche Verleihung des Agenda-Preises), Referent/in für nachhaltige Entwicklung in der Stadtverwaltung</p> <p>Politische Prüfungsmechanismen: Nachhaltigkeitsnachweis/Checkliste von Stadtratsvorlagen</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Modellprojekte Kommunale Naturhaushaltswirtschaft (EcoBudget) mit Indikatoren in den Gruppen Budget, Vermögen und Stadtentwicklung, Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) seit 2002 mit Indikatoren und Zielen</p>
Düsseldorf	Antwort vom Oberbürgermeister Joachim Erwin vom 22.01.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 1996, dessen Umsetzung seit 1997</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Serviceagentur Altbausanierung (SAGA), nachhaltige Verwendung von Papier in Büro und Haushalt, Vermarktung regionaler Produkte, Öko-Audit an Schulen, Nachhaltigkeit in Sportvereinen, Ausbau des Radwegenetzes sowie das Second-Hand-Kaufhaus</p>

Landeshauptstadt	Antworteingang	Inhalt
Erfurt	Antwort vom Oberbürgermeister Andreas Bausewein vom 31.01.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 1998, Stadtentwicklungskonzept und Lokale Agenda 21 werden in einem Prozess zusammengeführt; Weiterentwicklung in Richtung „Stabilisieren, Erweitern, Vernetzen, Fokussieren und Mehrfachnutzen“</p> <p>Strategie: Ja, „offener Zielprozess mit experimentellem Charakter“</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Ratsbeschlüsse zur Fortschreibung des CO₂-Minderungsplanes oder zum Niedrigenergiestandard für stadteigene Liegenschaften sowie die Bündelung der Aktivitäten in der Stelle eines Klimaschutzkoordinators, Unterzeichnung der UN-Millenniumserklärung</p>
Hamburg	Antwort vom Ersten Bürgermeister Ole von Beust vom 28.01.2008	<p>Agenda 21: Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“</p> <p>Strategie: Seit 2005 Monitoringsystem mit konkreten Zielen und Indikatoren</p> <p>Gesamtstrategie zur Nachhaltigkeit für 2008 in Aussicht gestellt</p> <p>Netzwerke: Jährlich stattfindende Hamburger Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Seit 2007 Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“</p>
Hannover	Antwort vom Wirtschafts- und Umweltsdezernat vom 24.01.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 1995, Unterzeichnung der Aalborg-Charta (1995) und Commitments (2004), Charta der Europäischen Städte</p> <p>Strategie: Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001–2005, Programm Hannover plusZehn, Umweltindikatoren vgl. Umweltbericht 2005</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Klima-Allianz Hannover 2020</p> <p>Institutionen: Agenda-21-Büro direkt beim Oberbürgermeister, Agenda-21-Plenum für Interessierte</p>
Kiel	÷	÷

Landeshauptstadt	Antwortheingang	Inhalt
Magdeburg	Antwort vom Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper vom 25.01.2008	<p>Strategie: keine</p> <p>Netzwerke: Mitglied im Klimabündnis der europäischen Städte zum Erhalt der Erdatmosphäre, Kampagne SolarLokal, Gesunde Städte Netzwerk, Lokales Bündnis für Familien</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: Modellstadt für Erneuerbare Energien, Berücksichtigung von Sozialstandards (ILO Konvention 182, Produkte und Dienstleistungen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden) bei der öffentlichen Beschaffung</p>
Mainz	Antwort vom Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen vom 01.02.2008	<p>Agenda 21: Agendabeschluss 1997, Handlungsprogramm 2001</p> <p>Strategie: Jährlicher Nachhaltigkeitsbericht anhand von 40 Indikatoren</p> <p>Institutionen und Finanzmittel: Jährlicher Haushaltsansatz steht zur Verfügung für Veranstaltungen und Aktionen der Verwaltung.</p>
München	Antwort vom Oberbürgermeister Christian Ude vom 04.02.2008	<p>Strategie: Perspektive München (2003) mit Indikatoren und Monitoring, alle drei Jahre „Kompass Nachhaltigkeit“ (1999)</p> <p>Institutionen und Finanzmittel: Förderung von Agenda-21-Kooperationsprojekten (Jahresvolumen: 124.000 Euro)</p> <p>Netzwerke: Bündnis für Klimaschutz</p> <p>Schwerpunkte und Projekte: BenE (Regionales Kompetenzzentrum zu Bildung für nachhaltige Entwicklung), Biostadt München</p>
Potsdam	Antwort vom Fachbereich Umwelt und Gesundheit, Bereich Umwelt und Natur vom 29.01.2008	<p>Strategie: Eine gesamtstädtische Strategie für den Klimaschutz soll durch eine Projektstruktur „Klimaschutz in der Landeshauptstadt Potsdam“ etabliert werden mit einem Klimabeirat, einer Koordinierungsstelle und einem Fachgremium.</p>

Landeshauptstadt	Antwortheingang	Inhalt
Schwerin	Antwort vom Oberbürgermeister Norbert Claussen vom 15.01.2008	Agenda 21: Gegenwärtig Leitbild-diskussion im Rahmen der Stadtentwicklung und Neubelebung des Agendaprozesses
Saarbrücken	Antwort vom Bürgermeister Kajo Breuer vom 24.01.2008	Agenda 21: Entwicklung zu Agendaprozess 1999 begonnen, hat sich „in den Fallstricken der Kommunalpolitik verheddert“. Politische Prüfungsmechanismen: Nachhaltigkeitskriterien werden bei Verwaltungsvorlagen berücksichtigt.
Stuttgart	Antwort vom Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster vom 22.02.2008	Schwerpunkte und Projekte: Klima-, Energie- und Ressourcensparprogramm „Triple Zero“, neues Konzept zur Klima- und Energiepolitik von 2007, Energieerlass zum Energiemanagement der stadt-eigenen Gebäude mit Maßnahmen zur Steigerung der rationellen Energieverwendung in ganz Stuttgart sowie im Rahmen der öffentlichen Beschaffung die Teilnahme bei dem EU-Projekt RELIEF
Wiesbaden	Antwort vom Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller vom 28.01.2008	Agenda 21: Aalborg-Charta 1997, Agenda-21-Beschluss 2001 Strategie: Noch keine; erste Bemühungen mit Indikatoren (Teilnahme an Breitentest zur indiktorengestützten Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung) und mit Berichterstattung, Teilnahme am Projekt Managing Urban Europe 25 – Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement Schwerpunkte und Projekte: Betriebliches Umweltberatungsprogramm Ökoprotit seit 2000



Vorschläge des Rates für Nachhaltige Entwicklung zu den Indikatoren im Einzelnen

1 Ressourcenschonung

Energieeffizienz und Rohstoffproduktivität werden bislang als relative Größe angegeben. Die absolute Größe des Energie- und Ressourcenverbrauchs ist nicht erkennbar. Um die angestrebte Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Bruttoinlandsprodukt-Wachstum durch einen Indikator anzuzeigen, sollte in Zukunft ergänzend dargestellt werden, dass und wie weit die Produktivitätssteigerung über der absoluten Verbrauchssteigerung liegt. Dazu empfiehlt der Rat eine vergleichende Darstellung der Wachstumsraten rückwirkend ab den Basisjahren 1990 bzw. 1994.

Um die Notwendigkeit der sparsamen Nutzung von Ressourcen zu verdeutlichen, regt der Rat an zu prüfen, ob sich aus den heutigen Verbrauchszahlen und den Angaben für Vorräte erkennen lässt, wann kritische Schwellenwerte für einzelne Ressourcen erreicht werden. Ein kritischer Schwellenwert wäre dann gegeben, wenn bei ungehindertem Verlauf die vorhandenen Vorräte einer endlichen Ressource erschöpft werden, ohne dass Ersatzstoffe entwickelt werden, respektive ohne dass Konsummuster oder Produktionsverfahren so umgestellt werden, dass auf die Ressource verzichtet werden kann.

2 Klimaschutz

Die Bundeskanzlerin hat im Jahr 2007 mehrfach die Idee einer „carbon justice“ betont. In diesem Sinne wäre eine globale Gerechtigkeit bei der Emission von CO₂ dann gegeben, wenn jedem Menschen das gleiche Emissionsrecht zugesprochen wird. Die Bundeskanzlerin hat sich dafür ausgesprochen, den Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ bis zum Jahr 2050 auf jährlich zwei Tonnen zu reduzieren. Der Rat schlägt vor, dieses langfristige Ziel in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen.

3 Erneuerbare Energien

Die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am gesamten Energiemix ist für die Erreichung der Klimaziele unabdingbar. Gleichwohl ist anzumerken, dass sorgfältig zu prüfen ist, wie Zielkonflikte vermieden oder ausgeglichen werden, die bei einem unbedachten Ausbau der erneuerbaren Energien für andere ökologische, soziale und ökonomische Schutzziele auftreten können.

4 Flächeninanspruchnahme

Der Nachhaltigkeitsrat setzt sich mit zahlreichen Dialogveranstaltungen und der Empfehlung an die Bundesregierung (Mehr Wert für die Fläche: Das „Ziel-30-ha“ für die Nachhaltigkeit in Stadt und Land. RNE-Texte Nr. 11, 2004), einer Studie zur Evaluation dieser Empfehlung (Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland, RNE-Texte Nr. 19, 2007) sowie der Unterstützung des Forschungsprogramms REFINA des BMBF (www.refina-info.de) für das Festhalten und die Umsetzung des Ziels auf den verschiedenen beteiligten politischen Ebenen ein.

5 Artenvielfalt

Der Rat begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrer Biodiversitätsstrategie den „Artenvielfaltsindikator“ der Nachhaltigkeitsstrategie übernommen hat. Der Rat empfiehlt, neben dem Indikator der Vogelarten einen Indikator zu ergänzen, der die Erhaltung der Pflanzenarten abbildet und dies an das Vorhandensein von naturnahen Landschaftselementen für die Vielfalt von Landschaftsstrukturen bindet.

6 Staatsverschuldung

Der Rat merkt an, dass die Einhaltung des Maastricht-Kriteriums an sich kein Nachhaltigkeitskriterium ist. Um den Zusammenhang zwischen Staatsfinanzierung, Schuldenabbau und Nachhaltigkeit besser zu charakterisieren, sollte nach Auffassung des Rates näher geprüft werden, wie man die Qualität von Schulden und Schuldenabbau zutreffend in die Überlegungen einbringen kann.

7 Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

8 Innovation

Der Rat regt an, den Indikator „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“, der Maßnahmen zur Förderung von Innovation umfasst, auch um einen Indikator zur Wirksamkeit zu ergänzen.

9 Bildung

Der Teilindikator „Studienanfängerquote“ gibt keine Auskunft über den Erfolg der Hochschulausbildung, wenn gleichzeitig mit ihrem Anstieg die Zahl der Studienabbrecher steigt. Daher regt der Rat an, diesen Teilindikator durch eine „Studienabbrecherquote“ mit dem Ziel einer Reduktion unter 10% zu ergänzen. Es besteht die Notwendigkeit, das Bildungssystem so zu verbessern, dass Studienanfänger ihr Studium erfolgreich abschließen.

10 Wirtschaftlicher Wohlstand

Der Indikator „Bruttoinlandsprodukt“ berücksichtigt nicht, wie gesellschaftlicher Wohlstand verteilt ist. Der Rat empfiehlt daher, einen Indikator wie den GINI-Index zu ergänzen, der die Verteilung von Einkommen und Vermögen berücksichtigt.

11 Mobilität

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

12 Ernährung

Der Indikator „Stickstoffbilanzüberschüsse der Landwirtschaft“ und das Ziel „Entwicklung der Anbaufläche des Ökologischen Landbaus“ sind wichtig und geben zu zentralen Themen der Nachhaltigkeit Auskunft. Allerdings geben sie nur bedingt Aufschluss über das Thema Ernährung. Der Rat schlägt eine Ergänzung um den Teilindikator „Anzahl adipöser Kinder“ vor.

13 Luftqualität

Der Rat schlägt vor, Feinstäube als Bestandteil karzinogener Luftverunreinigung in die Berechnungsgrundlage des Indikators aufzunehmen.

14 Gesundheit

Anstelle des Indikators „Zufriedenheit mit der Gesundheit“ empfiehlt der Rat, Indikatoren auszuwählen, die sich stärker auf die Gesundheitsprävention beziehen.

15 Kriminalität

Der Indikator „Wohnungseinbruchsdiebstahl“ erfasst nur einen für die nachhaltige Entwicklung minder aussagekräftigen Ausschnitt der Kriminalitätsproblematik. Der Rat regt daher an, ihn durch den Indikator „Körperverletzungsdelikte“ zu ersetzen.

16 Beschäftigung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

17 Perspektiven für Familien

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

18 Gleichberechtigung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

19 Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern

Der Indikator „Ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss“ ist zu eng gefasst. Die Bildungsbiografien sind oft abhängig von inner- und außerschulischen Unterstützungsmaßnahmen, und heute ist es unbestritten, dass das Vorschulangebot, vor allem im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache, das wichtigste Kriterium ist. Deswegen sollte dieser Indikator durch einen weiteren ergänzt werden. Dieser soll sich auf Kinder mit Migrationshintergrund beziehen und deren Fähigkeiten im Umgang mit der deutschen Sprache zum Zeitpunkt der Einschulung messen.

20 Entwicklungszusammenarbeit

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stimmt den ausgewählten Indikatoren zu.

21 Märkte öffnen

Für den Indikator „Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern“ ist eine Differenzierung zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern notwendig, weil die Entwicklung vor allem durch die Einfuhren aus China geprägt ist – entsprechend dem Hinweis des Statistischen Bundesamts im Indikatorenbericht 2006.

Folgende Stellungnahmen und Veröffentlichungen sind bislang in gedruckter Form in der Schriftenreihe des Rates erschienen. Sie stehen auch unter www.nachhaltigkeitsrat.de zum Download bereit.

- Der nachhaltige Warenkorb
Ein Wegweiser zum zukunftsfähigen Konsum
- Weltagrarhandel und nachhaltige Entwicklung [Deutsch/English]
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung

World Agricultural Trade and Sustainable Development
Recommendations of the German Council for Sustainable Development to the German Government
- Studie „Gebrauchtgüterexporte und Technologietransfer – ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern?“
- Nachhaltigkeit und Gesellschaft
Vorträge aus dem Rat für Nachhaltige Entwicklung 2001–2003
- Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft [Deutsch/English]
Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung

The Perspectives for Coal in a Sustainable Energy Industry
Guidelines for a Modern Coal Policy and the Promotion of Innovation
- Gebrauchsgüterexporte und Baupraxis von Gebäuden [Deutsch/English]
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung

Export of Used Goods and Building Practice for Buildings
Recommendations of the German Council for Sustainable Development to the German Government
- Spaß und Sinn – Nachhaltigkeit
Kommunikationsprojekte des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2001–2003
- Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern
Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 1. Oktober 2003
- Bericht „Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft“
- Nachhaltigkeit im Visier
Schlussfolgerung aus der Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft
- Waldwirtschaft als Modell für nachhaltige Entwicklung: ein neuer Schwerpunkt für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- Mehr Wert für die Fläche: Das „Ziel-30-ha“ für die Nachhaltigkeit in Stadt und Land
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- Studie „TV-Medien und Nachhaltigkeit“
- Die Herausforderung von Johannesburg: Perspektiven und Prioritäten [Deutsch/English]
Konferenzdokumentation vom 6. November 2003, Berlin

The Johannesburg Challenge:
Perspectives and Priorities Conference Report November 6, 2003, Berlin

- Effizienz und Energieforschung als Bausteine einer konsistenten Energiepolitik
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung

[Deutsch/English]

Efficiency and Energy Research as Components of a Consistent Energy Policy
Recommendations of the German Council for Sustainable Development to the German Government
- „Welt ohne Nachhaltigkeitspolitik“
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Review der UN-Millenniumsziele in der UN-Generalversammlung im September 2005

World without Sustainability Policy
Commentary on the Review of the UN Millennium Development Goals at the UN General Assembly in September 2005
- BRICS+G Sustainability and Growth: Brazil, Russia, India, China, South Africa and Germany in Dialogue on Sustainability Strategies
A Conference Report
- „Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit“
Dokumentation von Beiträgen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur globalen Politik
- Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

[Deutsch/English]

Corporate Responsibility in a Globalised World – A German Profile of Corporate Social Responsibility Recommendations of the German Council for Sustainable Development
- Tagungsdokumentation „Nachhaltigkeit als Programm“ – Kreativ-Workshop für Fernsehschaffende des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit der ZFP – Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter ARD/ZDF
- Studie „Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland“
- Tätigkeitsbericht 2001–2007 des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- Schutz der Biodiversität heißt aktuell: Biomasse-Produktion nachhaltig machen – Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

[Deutsch/English]

Conserving biodiversity now means: Making biomass production sustainable – Recommendations of the German Council for Sustainable Development

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung informiert alle zwei Wochen in einem kostenlosen elektronischen Newsletter über Neuigkeiten aus dem Themenfeld Nachhaltigkeit sowie über seine Aktivitäten und Veröffentlichungen. Eine Anmeldung ist unter www.nachhaltigkeitsrat.de möglich.



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Nachhaltigkeitspolitik zu geben, Projekte mit Vorbildcharakter zu initiieren und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Auf Europaebene nimmt der Rat über das Netzwerk europäischer Umwelt und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) an einem regelmäßigen Austausch zu nationalen Nachhaltigkeitsstrategien teil.

Informationen zu den Mitgliedern und der Arbeit des Rats finden Sie unter: www.nachhaltigkeitsrat.de

German Council for Sustainable Development

The German Council for Sustainable Development has the task to provide recommendations on Germany's sustainability policy, to suggest exemplary projects and to strengthen the topic in the public sphere. On European level, the Council regularly exchanges experiences with other European SD bodies on their respective national strategies through the Network of European Environmental and SD Advisory Councils (EEAC). Informations about members and activities of the council are available under: www.nachhaltigkeitsrat.de

Impressum

© 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

© Fotos: Copyright Veer (2x), Bert Odenthal,
sxc.hu (mccconnell6_790490_jpg)

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de

Lektorat: Petra Thoms, Berlin

Druck: www.druckverlag-kettler.com

Gedruckt auf Recymago (aus 100% Altpapier)

Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de